

Entwurf der Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen

Juliana Kleine
Direktorin
Recht und Kapitalmarkt

Tel.: +49 30 8192-272
juliana.kleine@voeb.de

Als Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, vertreten wir die Interessen der deutschen Förderbanken, die bundesweit oder regional ein Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft darstellen. Im Fokus der Tätigkeit dieser Bankengruppe, die im Auftrag ihrer Eigentümer – Bund und Bundesländer – handelt, steht die Durchführung von zielgerichteten Fördermaßnahmen. Ein großer Teil ihrer Förderaktivitäten entfällt auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Dazu werden nationale, regionale, aber auch europäische Fördermittel eingesetzt. Dabei agieren die deutschen Förderbanken immer auf der Grundlage der europäischen beihilferechtlichen Vorschriften. Vor diesem Hintergrund möchten wir nachfolgend zur Überarbeitung der sog. De-minimis-Verordnung Stellung nehmen.

07.12.2022

Datei-Nr.: VÖB-Stellungnahme_De-minimis_122022.docx
Seite 1/3

Anmerkungen im Einzelnen

1. Die Geringfügigkeitsgrenze sollte auf mindestens 400.000 EUR angehoben werden

Wir befürworten die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze. Wir sind jedoch der Auffassung, dass die seitens der Kommission vorgeschlagene Anhebung auf 275.000 Euro zu gering ausfällt. Gemäß den Ausführungen der Kommission im Erwägungsgrund 3 des Verordnungsentwurfs soll die Inflation seit Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 und die voraussichtlichen Entwicklungen während der Geltungsdauer der neuen Verordnung mitberücksichtigt werden. Der Betrag von 200.000 Euro gilt jedoch schon seit 2007 und wurde seither zu keinem Zeitpunkt angepasst. Die Kommission bezieht damit nur einen Zeitraum von 18 Jahren mit ein. Tatsächlich sind es jedoch 24 Jahre.

Für die inflationsbedingte Betrachtung zur Ermittlung der Anpassung der Geringfügigkeitsgrenze sollte somit auf den Zeitraum von 2007 bis 2030 abgestellt werden. Werden bei der Berechnung den Jahren 2007 bis 2022 die konkreten Inflationswerte in Deutschland, für die Jahre 2023 und 2024 die Inflationserwartungswerte und für die Jahre 2025 bis 2030 die mittelfristige Inflationsrate von 2 % (Annahme der Zielsetzung des EZB-Rates) zugrunde gelegt, ergibt sich schon ein Wert von knapp 337.000 Euro.

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Angesicht der aktuellen sowie künftig zu erwartenden Herausforderungen, mit denen sich die europäische Wirtschaft zwangsläufig befassen muss (z. B. Folgen der Corona-Pandemie, Klimakrise, Angriffskrieg Russlands auf

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin und
geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Iris Bethge-Krauß

die Ukraine, Energiekrise, Zinspolitik), wäre nach unserer Einschätzung eine Anhebung der De-minimis-Obergrenze auf mindestens 400.000 Euro angemessen. Wir sind der Auffassung, dass den Mitgliedstaaten durch diese Anpassung mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden, um den politischen Zielsetzungen der EU – Klimaziele, Transformation der Wirtschaft durch Förderung der Digitalisierung und Nachhaltigkeit, etc. – bedarfsgerecht und passgenau in den jeweiligen Regionen Rechnung zu tragen.

2. Transparenzanforderungen

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom Juli 2022 vorgebracht, haben wir erhebliche Zweifel, ob die Einführung eines Zentralregisters die in Deutschland praktizierte Methode – Einholung einer De-minimis-Erklärung und Ausreichung einer De-minimis-Bescheinigung – dauerhaft ersetzen kann.

Im aktuellen Verordnungsentwurf der Kommission soll gemäß Art. 6 Abs. 1 der Antragsteller eine De-minimis-Erklärung abgeben, mit deren Hilfe die Beihilfe gewährende Stelle die Einhaltung des zulässigen De-minimis-Höchstbetrages sowie die Kumulierungsregeln prüfen soll. Nach Art. 6 Abs. 2 soll ein Zentralregister verpflichtend eingerichtet werden. Sobald das Zentralregister einen Zeitraum von drei Steuerjahren abdeckt, soll das Verfahren mit De-minimis-Erklärung (Abs. 1) nicht mehr anwendbar sein.

Hierzu möchten wir folgendes anmerken:

- Ein funktionierendes Register setzt voraus, dass alle notwendigen Daten (tages)aktuell und nicht innerhalb von sechs Monaten erfasst werden. Ansonsten wird die Einholung einer De-minimis-Erklärung auch nach dem Ablauf einer Frist von drei Steuerjahren notwendig bleiben. Nach unserer Einschätzung ist für ein verlässliches Register als Basis für die Gewährung neuer De-minimis-Beihilfen solche Tagesaktualität unabdingbar, da anderenfalls die Gewährung rechtswidriger Beihilfen droht. Bei nicht vorhandener Tagesaktualität wäre das Risiko, dass eine veraltete/falsche Datenlage übernommen und hierauf bei der neuerlichen Beihilfegewährung aufgesetzt wird, sehr hoch. Aus unserer Sicht wäre das Register, wie von der Kommission vorgeschlagen, mit einem schwerwiegenden Konzeptionsfehler belastet.
- Das Zentralregister muss eine eindeutige Identifizierung des Beihilfeempfängers gewährleisten. Hier stellt sich die Frage, wie Fusionen, Aufspaltungen, Übernahmen, Verlagerungen, Umfirmierungen sowie Verbindungen zwischen den einzelnen Unternehmen abgebildet werden können. Für diese Sachverhalte kann im Zeitverlauf die Datenintegrität nur schwer gewährleistet werden, da sich gesellschaftliche Verhältnisse und vertragliche Regelungen zwischen Unternehmen, die „ein einziges Unternehmen“ darstellen, im Laufe von drei Steuerjahren ändern können. Dadurch ist auch die De-minimis-Vorbelastung ständigen Änderungen ausgesetzt.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass De-minimis-Vorbelastung nur das Antrag stellende Unternehmen rechtssicher mitteilen kann. Ein Zentralregister wird dies nicht ersetzen können. Somit stellt sich die Frage, welchen Nutzen ein Zentralregister überhaupt haben könnte.

Aus unserer Sicht hat sich die Praxis in Deutschland sehr bewährt: Verpflichtung zur Beihilfeerklärung des Beihilfeempfängers über die bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen inkl. der Angaben zur aktuellen Unternehmensstruktur (Unternehmensverbund) und Ausstellung einer Beihilfebescheinigung an den Empfänger bei jeder Gewährung einer neuen De-minimis-Beihilfe.

Wir haben erhebliche Zweifel, ob die Errichtung eines Zentralregisters tatsächlich zu einer wirksamen Überwachung führen kann. Ein Zentralregister dient u. E. nicht der Verwaltungsvereinfachung und kann auch nicht zu mehr Transparenz beitragen, sondern wird den Verwaltungsaufwand, die Komplexität sowie das Risiko einer fehlerhaften Gewährung von De-minimis-Beihilfen deutlich erhöhen. Zur Risikominimierung wird es auch künftig notwendig sein, das bisherige System der De-minimis-Erklärung/-Bescheinigung beizubehalten. Denn schließlich muss u. a. der Beihilfengeber für die Rechtmäßigkeit neuer Beihilfen einstehen. Insofern überzeugt das Argument der Kommission, die Mitgliedstaaten mögen ihr die Erfüllung des Auftrags, dass die Beihilfevorschriften im Einklang mit dem in Art. 4 Abs. 3 AEUV verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit eingehalten werden, erleichtern (Erwägungsgrund 21 des Verordnungsentwurfs), gerade bei De-minimis-Beihilfen, nicht, da nach unserer Ansicht die im Register enthaltenen Informationen der Kommission keine gesicherte Auskunft geben können.

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 59 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.143 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 58 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken im VÖB haben im vergangenen Jahr Förderdarlehen in Höhe von 91,9 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören 60.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an (Geschäftsjahr 2021). Weitere Informationen unter www.voeb.de.

EU-Transparenzregisternummer: 0767788931-41